

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Stefan Berger (FPÖ) und Wolfgang Kieslich (KU) zu Post Nr. 7 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 20.11.2024.

Hauptstadtbonus für Polizei-Beamte

Um die Sicherheit der Wiener, vor allem der Frauen ist es schlecht bestellt. Die letzten Monate und Jahre waren geprägt von Frauenmorden, Messerstechereien, Morde und Vergewaltigungen minderjähriger Mädchen durch zugewanderte Migranten. Sexuelle Übergriffe auf Frauen sind mittlerweile an der Tagesordnung und machen die Bevölkerung fassungslos. Diese Vorfälle sind zutiefst schockierend und verdeutlichen die Dringlichkeit, effektive Maßnahmen zum Schutz von Frauen zu ergreifen.

Der tausendste Einzelfall, Vergewaltigung und Mord durch Asylwerber innerhalb eines kurzen Zeitraums scheint für die politischen Entscheidungsträger nicht mehr als eine Randnotiz zu sein. Die Gewalt durch Asylwerber, Asylberechtigte bzw. jenen, die nicht abgeschoben werden, eskaliert und neben einer Reihe von Vergewaltigungen kommt es immer öfter zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Besonders aktiv sind Jugendbanden, die Zahl der Straftaten Jugendlicher und Kinder unter 14 hat sich in den vergangenen 10 Jahren verdoppelt. Dazu kommt, dass die Kriminellen immer brutaler werden. Drogendeals auf offener Straße, aggressive „Jugendgangs“ und blutige Bandenkriege. Die Willkommenspolitik der Wiener SPÖ hat afghanische, tschetschenische oder syrische Messerstecher, Vergewaltiger und Mörder nach Wien gelockt. Obwohl beispielsweise Favoriten der Brennpunktbezirk schlechthin ist, verfügt dieser nur über etwa 300 Polizisten. In Linz, wo etwa gleich viele Einwohner leben wie in Favoriten, sind im Vergleich dazu über 600 Polizisten im Einsatz. Dieses Ungleichgewicht zeigt, wie fahrlässig Bürgermeister Ludwig aber auch Innenminister Karner mit Favoriten umgehen. Besonders Frauen und Kinder müssen vor allem nachts um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten, wenn sie in Wien unterwegs sind. Es brauche daher neben massenhaften Abschiebungen, eine eigene polizeilichen Einsatztruppe für Favoriten, die zusätzliche 500 Polizisten für den Bezirk bereitstellt, insgesamt 1.500 Polizisten mehr für Wien. Sollten diese in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen, muss auf Soldaten des Bundesheers

zurückgegriffen werden. Neben zahlreichen Pensionierungen haben bereits 580 Wiener Polizisten einen Versetzungsantrag in ein anderes Bundesland gestellt. Die Wartezeit beträgt in den meisten Fällen mehrere Jahre. Ein Grund ist die Überstundenbelastung in Wien mit 220 Überstunden im Monat, wie die FSG Personalvertreter vor kurzem im Rahmen des Gewerkschaftswahlkampfes errechnet haben. Ein Blick in die Statistik bestätigt das: Mehr als 2,2 Millionen Überstunden sind allein im Vorjahr bei der Polizei in Wien angefallen. Gewerkschafter warnen seit Jahren, dass sich der Personalmangel in Wien weiter verstärke. Ein weiterer Grund ist die große ständige Gefahr, schwer verletzt zu werden (s.u.) oder schlimmer, auch der Opferschutz für Polizisten ist unterentwickelt. Seit Oktober letzten Jahres ist pro Bezirk auch nur mehr eine Polizeieinspektion für den Parteienverkehr in der Nacht offen. In den Flächenbezirken Floridsdorf und der Donaustadt sind es zwei.

Walter Strallhofer, FSG-Vorsitzender: „Mir wäre es lieber in einer Stadt mit zwei Millionen Einwohnern zu wohnen, wo die Polizeistationen rund um die Uhr offen haben“.

Neben mehr Personal wird auch eine Reform des Belohnungssystem gefordert, die Gewerkschaft möchte etwa einen „Hauptstadtbonus“ für Polizei-Beamte in Wien.

Einen solchen Bonus hat auch Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) schon im Nationalratswahlkampf gefordert. Er sei für jene Polizistinnen und Polizisten, „die bereit sind, Dienst zu tun, der sehr oft fordernd ist, weil kurzfristig Veranstaltungen und Demonstrationen angesagt werden und sie dann zusätzlich zum Dienst weitere Überstunden übernehmen müssen.“

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Um Wien wieder sicher zu machen, fordert der Wiener Gemeinderat

1. den Bürgermeister der Stadt Wien auf, sich beim Bundesminister für Inneres einzusetzen, dass Wien einen von der Gewerkschaft geforderten „Hauptstadtbonus für Polizei-Beamte“ erhält.
2. die Bundesregierung, insbesondere den zuständigen Innenminister und die zuständige Bundesministerin für Landesverteidigung dringend auf,
 - a. Wien die fehlenden 1.500 Polizisten rasch zur Verfügung zu stellen, denn Kriminalitätsbekämpfung ist Aufgabe der Polizei.
 - b. bis zur Verfügungstellung der zusätzlich notwendigen Polizisten sollen rund 100 Soldaten des Bundesheeres auf Aufforderung des Bürgermeisters an die Landespolizeidirektion, diese anzufordern, eingesetzt werden.
 - c. mehr Personal, das sich auch speziell und rund um die Uhr um Gewaltopfer kümmert, zur Verfügung zu stellen.
 - d. der Polizei eine moderne Ausrüstung und technische Infrastruktur bereit zu stellen.

- e. die Verwaltungsarbeit für Exekutivbedienstete auf ein unbedingt notwendiges Mindestmaß zu beschränken.
- f. die Ausbildung der Polizisten im Kriminaldienst qualitativ zu verbessern.
- g. eine eigenen Einsatztruppe für Favoriten zu schaffen.
- h. die Struktur der Sicherheitseinrichtungen (z.B. Polizeiinspektionen) nicht einzuschränken.
- i. den kriminalpolizeilichen Beratungsdienst auszubauen, damit die Bevölkerung richtige vorbeugende Maßnahmen gegen Verbrechen treffen kann.
- j. die Kooperation mit den „Helfern Wiens“ weiterzuentwickeln und
- k. wo es zweckmäßig und gewünscht ist, Videoüberwachung öffentlicher Räume in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

